

Beschluss des Landrats vom 08.05.2025

Nr. 1119

13. Fragestunde der Landratssitzung vom 8. Mai 2025 2025/112; Protokoll: mko

1. Andreas Bammatter: Unterstützungsbeiträge an die Pflege und Betreuung

Andreas Bammatter (SP) bedankt sich für die Beantwortung. Der Teil seiner Frage betreffend Steuerpflicht wurde beantwortet, aber nicht jener betreffend Sozialversicherungspflicht. Zusatzfrage: *Wann wird diese Information nachgereicht?*

Regierungsrat **Thomi Jourdan** (EVP) antwortet, dass bereits an der Antwort geschrieben und sie Andreas Bammatter demnächst zugestellt werde. [vgl. [Nachtrag](#)]

2. Jan Kirchmayr: Wie weiter mit der S-Bahn-Haltstelle Dornach Apfelsee?

Keine Zusatzfragen.

3. Michel Degen: Abermals Bauarbeiten im Waldenburgerthal?

Keine Zusatzfragen.

4. Stephan Ackermann: PFAS auch in unserem Trinkwasser

Stephan Ackermann (Grüne) dankt herzlich für die Beantwortung und stellt folgende Zusatzfragen: *Wird im Baselbiet noch immer problematischer PFAS-Löschschaum eingesetzt? Sind die Standorte von Brand- und Übungsplätzen der Feuerwehren bekannt, die einen solchen Schaum eingesetzt haben?*

Antwort: Regierungsrat **Thomi Jourdan** (EVP) hat heute Morgen im Amt für Umweltschutz und Energie (AUE) nachgefragt, das selber nicht zuständig ist für die Bestimmungen bezüglich PFAS-haltigem Löschschaum. Es wies ihn aber auf einen Artikel vom 30. April 2025 hin, in dem sich der Leiter des Feuerwehrinspektorats Basel wie folgt äussert: PFAS-haltige Feuerlöschschaummittel sind weiterhin legal und dürfen demnach auch heute noch eingesetzt werden. In der Praxis findet jedoch seit rund einem Jahr kein flächendeckender Einsatz dieser Mittel mehr statt. Bestehende Vorräte auf Fahrzeugen, Booten und ähnlichen Einsatzmitteln werden im laufenden oder im kommenden Jahr ersetzt.

Dies entspricht dem aktuellen Wissensstand, der kurzfristig erhoben werden konnte. Bezüglich möglicher belasteter Standorte ist davon auszugehen, dass dem AUE die PFAS-relevanten Brand- und Übungsplätze bekannt sind, unter anderem basierend auf Erkenntnissen der kantonalen Grundwasseruntersuchungen. Es ist aber davon auszugehen, dass weitere, kleinere Standorte existieren, insbesondere im Rahmen von Feuerwehrübungen, die gelegentlich auch ausserhalb der bekannten Standorte stattfinden. Für diese zusätzlichen Standorte liegt derzeit keine konkrete Übersicht vor.

5. Andi Trüssel: Unzureichende Netzanbindung bei Schnell-Ladestationen?

Andi Trüssel (SVP) bedankt sich für die Beantwortung, die ihn jedoch nicht ganz überzeugt hat. Es ist ihm nicht ganz klar, wie sich innerhalb von zwei Tagen nicht abklären lässt, wie die Einspeisung von 2x300 kW an den beiden Ladestationen in Sissach vorgenommen werden kann. In der

Antwort wurde auf eine Webseite verwiesen. Ob die dort aufgeführten Informationen der Realität entsprechen, kann der Votant nicht überprüfen. Vom Regierungsrat ist zu erwarten, dass er dieser Angelegenheit vertieft nachgeht. Es braucht klare Angaben und Transparenz – insbesondere bei ökologischen oder ökonomischen Einsparungen von Strom. Andi Trüssel bittet daher in Form einer Zusatzfrage, die nötigen Abklärungen vorzunehmen und ihm die Antwort in schriftlicher Form nachzureichen. [vgl. [Nachtrag](#)]

6. **Marc Schinzel: Abstimmung über den Birsigpark am 18. Mai in Binningen: Wer finanziert die teure Kampagne des Nein-Komitees?**

Marc Schinzel (FDP) stellt fest, dass die Antworten ziemlich rudimentär ausgefallen sind. Er möchte sich dennoch dafür bedanken. Er hat zwei Zusatzfragen: Der Regierungsrat hat die vom Kanton eingesetzten Mittel als fünfstelligen Betrag beziffert. *Wie hoch ist dieser exakt? Ist die mit den weiteren Eigentümern der Parzellen unterzeichnete Planungsvereinbarung als Rechtsgrundlage ausreichend dafür, dass der Kanton mit erheblichen finanziellen Mittel in eine kommunale Abstimmung eingreifen kann?*

Sven Inäbnit (FDP) stellt eine weitere Zusatzfrage: *Kann der Regierungsrat beziffern, in welchem Umfang Planungskosten bei einer Annahme der Initiative in den Sand gesetzt würden?*

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) informiert, dass der Regierungsrat die Antworten schriftlich nachreichen werde. [vgl. [Nachtrag](#)]

7. **Peter Riebli: Agiert der Generalsekretär der KdK ohne offizielles Mandat?**

Peter Riebli (SVP) bedankt sich zunächst herzlich und ausdrücklich beim Regierungsrat für die Antworten – dies ist aufrichtig und ehrlich gemeint. Die Antworten sind präzise, kurz und klar. Es ist zu hoffen, dass dies in Zukunft so weitergehen wird. Gleichzeitig ergeben sich daraus zusätzliche Fragen. Mit Entsetzen hat Peter Riebli gelesen, der Regierungsrat sei im Zusammenhang mit dem Entscheid des Bundesrats nicht kontaktiert worden. Gleichzeitig habe Bundesrat Cassis am 30. April 2025 unmissverständlich erklärt, der Entscheid sei im Austausch mit den Kantonen gefällt worden. Erste Zusatzfrage: *Wird der Regierungsrat dem nachgehen und abklären, wie es möglich ist, dass der Bundesrat im Namen der Kantone spricht, die offenbar gar nicht kontaktiert worden sind?*

Zweite Zusatzfrage: In seiner Antwort zur dritten Frage schreibt der Regierungsrat, er wolle selbstverständlich juristische Abklärungen vornehmen, wenn es darum gehe, ob ein sogenanntes «doppeltes Mehr» angebracht sei oder nicht. *Werden für diese Abklärungen auch so renommierte Staats- und Verfassungsrechtler wie Paul Richli, Andreas Glaser, Carl Baudenbacher oder Tobias Straumann berücksichtigt – oder wird sich der Regierungsrat erneut lediglich auf verwaltungsinterne juristische Einschätzungen abstützen?*

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) antwortet auf die zweite Zusatzfrage und stellt klar, dass der Kanton über einen hervorragenden Rechtsdienst verfüge, in den man vollstes Vertrauen habe. Dieser wird selbstverständlich konsultiert. Wen man darüber hinaus konsultieren wird, kann der Regierungsvizepräsident im Moment nicht sagen. Peter Riebli hatte bereits angekündigt, Unterlagen mitzuliefern. Dann wird man sehen, welche Lehren sich daraus ziehen lassen. Eines ist klar: Die juristische Auseinandersetzung zu diesem Thema ist lanciert, und der Regierungsrat wird sich dieser stellen. Der Kanton Basel-Landschaft hat sich – ebenso wie der Kanton Basel-Stadt – schon immer für die Berücksichtigung regionaler Interessen im Rahmen der EU engagiert. Ein anderes Thema betrifft die Frage des Abstimmungsmodus, sprich Ständemehr oder Volksmehr. Die Unterlagen des Bundes dazu liegen noch nicht vor. Auf was sich Bundesrat Cassis bezogen

hat, kann der Votant somit nicht sagen. Es ist zu vermuten, dass der Bundesrat mit dem Vorstand der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) Rücksprache genommen hat. Klar ist auf jeden Fall, dass die KdK eine Vernehmlassung machen und diese den Kantonen zustellen wird. Die Kantone hätten dann die Möglichkeit, zusätzlich eine eigene Vernehmlassung einzureichen.

8. Jan Kirchmayr: Smartphone-Verbot an der Volksschule

Jan Kirchmayr (SP) wird aus der Beantwortung der ersten Frage nicht schlau. Im ersten Absatz steht, der Regierungsrat habe keine Kompetenz, ein Verbot durchzusetzen – zumindest nicht in den kantonalen Schulen. Im vierten Absatz wird diese Aussage wieder relativiert. Deshalb stellt sich für den Votanten folgende Zusatzfrage: *Hat die Bildungsdirektorin die Möglichkeit, ein Smartphone-Verbot an kantonalen Schulen auszusprechen?*

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) sagt, dass aufgrund der Abwesenheit der zuständigen Regierungsrätin die Frage schriftlich beantwortet werde. [vgl. [Nachtrag](#)]

://: Alle Fragen sind beantwortet.
